Herausgeber: Vorstand der SPD, SOPADE-Rednerdienst, Redaktion: Wolf Koch, 53 Bonn 1, Ollenhauerstr. 1, Druck: Vorwärts-Druck, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Kölner Straße 108-112 — 12 - 69 — A 1 - 150 — Bestell-Nr. 2783

Nr. 283

Tatsachen und Argumente

Herbert Wehner,

der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, hielt auf der Jahrestagung des KURATORIUMS UNTEILBARES DEUTSCHLAND am 7. Dezember 1969 in Berlin folgende Rede:

A 97 - 01087

Aktive Friedenspolitik

Vor dem Abschluß einer so intensiven Diskussion, wie sie hier in diesen Tagen geführt worden ist, will ich in dieser Stunde nicht versuchen, den einen oder den anderen Beitrag herauszugreifen, zu

bewerten oder mir entweder zu eigen zu machen oder als Beispiel für das, was zurückzuweisen wäre, hinzustellen. Ich möchte auch nicht einfach einen ganz anderen Ausgangspunkt wählen für meinen Beitrag, sondern versuchen, aus dieser so intensiven und streckenweise bitteren Diskussion zusammenzufügen, was sich vereinbaren läßt, dabei in Achtung vor dem guten Glauben anderer, den ich niemandem absprechen will. Ich will also an der Spitze meiner Diskussionsbemerkung Dankbarkeit ausdrücken für die Austragung der Meinungsverschiedenheiten hier.

Herr Dr. Barzel hat sich hier ausschließlich mit Aspekten zu einer Sicherheitskonferenz beschäftigt und dazu interessante und erwägenswerte Gesichtspunkte entwikkelt. Dazu ist viel zu sagen. Ich bin froh darüber, daß er am Schluß seiner Ausführungen gesagt hat, er selbst möchte nicht, daß man seine Punkte zu einer Punktation zusammenfügt, denn dann wäre die Diskussion auch mit denen, von denen er sagt, alle sollten miteinander diskutieren über die Grenze hinweg, ganz schnell vorbei. Hier hat die Diskussion sich nicht speziell mit dieser Konferenz beschäftigt, obwohl es völlig legitim ist, sie als eines der schon in den nächsten Monaten und jedenfalls im nächsten Jahr, in den nächsten zwei Jahren immer wieder uns beschäftigenden Probleme darzustellen.

Deutschlandpolitik an der Schwelle der 70er Jahre

Ich selbst möchte an der Schwelle der 70er Jahre, wie es zur Zeit üblich ist, weil es der Kalender so ergibt, zu Ausblicken — ja, sicher ist das so: Jeder Mensch und alle Menschen brauchen Hilfsmittel, und in unserer Zeitlichkeit sind es dann die Kalender —, vor dieser Schwelle möchte ich einfach nochmals auf etwas zurückkommen, was ja sicher im Unterton der Debattenredner, gleichgültig, welchen Standpunkt sie gewählt haben und wofür sie sich besonders eingesetzt haben, seine Rolle gespielt hat, herausgreifen, daß im Jahre 1969 sowohl 20 Jahre Bundesrepublik — Grundgesetz — als auch 20 Jahre DDR begangen worden sind, nicht um eine Erinnerung mehr zu anderen hinzuzufügen, sondern um anhand einer Feststellung, die einer meiner Freunde, der zu den Vätern des Grundgesetzes zählt und mit Recht zu zählen ist, nämlich der Professor Carlo Schmid, an dem Tage, an dem 20 Jahre zuvor das Grundgesetz beschlossen worden ist, ausgesprochen hat.

Er hat gesagt:

> „Wir wissen, daß die Bundesrepublik heute für die Welt ein Staat ist wie jeder andere Staat auch, zwar mit einigen vertraglichen Servituten belastet, aber doch dem geltenden Rechte nach in seinen Entscheidungen frei und damit allein und voll für sich verantwortlich, wenn wir von Berlin absehen wollen. Heute kann Souveränität nur noch als formaler Begriff verstanden werden, als das Recht nämlich, anderen Staaten gegenüber Verpflichtungen übernehmen zu können. Aber kein Staat kann dabei von der Rücksicht auf die Interessen anderer Staaten absehen, und wenn er den guten Willen dieser Staaten für die Bewahrung seiner Lebensverhältnisse braucht, und wenn diese Staaten dazuhin Großmächte sind, schon gar nicht.
>
> Wir wisssen auch, daß unser Volk sich immer mehr daran gewöhnt, die Bundesrepublik für einen regulären Staat zu halten. Wir Sozialdemokraten wissen auch, daß die Bundesrepublik, ausgestattet wie sie heute ist, der Substanz nach kein bloßes Staatsfragment ist — jedenfalls mehr ist —, doch wir wissen auch, daß der Umstand, daß auf deutschem Boden zwei deutsche Teilstaaten bestehen, nicht Ausfluß einer Entscheidung des deutschen Volkes ist und darum außerhalb des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes steht. Daß es auf deutschem Boden zwei deutsche Staaten gibt, ist ein Stück unausgetragenen Machtkampfes zwischen Ost und West, ein Stück noch nicht vollzogener Einigung der Sieger des letzten Krieges über die Friedensordnung, die in Europa gelten soll und die zu schaffen auch die UNO sich als unfähig erwiesen hat.
>
> **So sind“**

— ich fahre immer noch fort, in dem, was Carlo Schmid am 8. Mai in Erinnerung an das, was 20 Jahre vorher beschlossen worden ist, nämlich in Erinnerung an das Grundgesetz, gesagt hat —

> **„beide Staaten auf deutschem Boden nach den Ursachen ihrer Entstehung Produkte des Übergangs, also der bisher letzterreichbare Grad des Provisoriums, das der heutige Zustand Deutschlands darstellt. Insoweit sind diese beiden Staaten politisch Residuen zweier Besatzungsregime, ihrer Entstehung nach formal gleichen Ranges, so verschiedenen Ranges auch ihre moralische und ihre demokratische Legitimität sein mag. Darum können sie auch miteinander verkehren, ohne daß sie sich dabei als Ausland anzuerkennen brauchen und können.**
>
> **Die Frage nach dem demokratischen Rang ihrer inneren Ordnungen hat damit nichts zu tun. Freilich enthebt uns diese Erkenntnis nicht der Verpflichtung, alle Anstrengungen zu machen, um mit dazu beizutra-**

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

A 97 - 01087

gen, daß es zu einer Friedensordnung in Europa kommen kann, darin dem Grundrecht aller Demokratie Rechnung getragen wird, das lautet, daß die Völker selbst Formen und Inhalte ihrer politischen Existenz in Freiheit und um der Freiheit willen zu bestimmen haben.

Vielleicht wird man dann in unserem Lande und außerhalb besser begreifen, daß es sich für die Welt lohnt, daß es Deutschland gibt."

Er hat diese seine Bemerkungen abgeschlossen mit der Feststellung:

„Das wird ein langer Weg werden, ein Weg voller Mühsal."

Wir haben hier in diesen Tagen zurückgeblickt, vorwärts geblickt, haben versucht, soweit es menschenmöglich ist, uns diesen langen Weg vorzustellen, haben dabei sehr unterschiedliche Temperamente, Engagements, Leidenschaften entwickelt, haben dabei auch gespürt, wie die Unterschiede der Bewertung von vielem generationsgeprägt sind, und doch kann es dabei nicht einfach bleiben, denn aus der Geschichte kann man, selbst wenn man es dringend wünschte, nicht aussteigen und sich irgendeinen Sonderplatz reservieren lassen. Das ist kein Werturteil. Es ist so, wie ich das sage.

Das Kuratorium Unteilbares Deutschland, das, wie so vieles andere auch, auch in seiner eigenen Diskussion — und das ehrt die, die an dieser Diskussion teilnehmen — immer wieder in Frage gestellt wird, sich in Frage stellen lassen muß, dieses kann nicht die Deutschlandpolitik entwerfen oder führen, aber es kann dafür etwas tun, daß die Deutschen miteinander reden und miteinander auszukommen versuchen, und auch dafür etwas, daß uns andere gut oder besser als bisher verstehen. Miteinander reden und auskommen hier und damit vielleicht ein wenig auch mit denen auf der anderen Seite, und damit müssen die Älteren und die Jüngeren, solange die einen noch nicht dahingeschieden sind und die anderen schon voll aktiv sind, miteinander leben. In ein paar Jahren sind sie, die heute die jungen Generationen sind und als solche sprechen, für andere die Älteren, meine Damen und Herren. Das ist so und deswegen ist das wie bei einem Stafettenlauf, obwohl das Bild auch nicht ganz stimmt.

Konstruktiver Beitrag zur Sicherung des Friedens

Die entscheidende Frage ist, ob unser Volk über seine eigene gemeinsame Zukunft selbst bestimmen dürfen soll. Es gibt niemand, der sagen dürfte, wenn er sich nicht selbst täuscht und damit

auch andere, er wisse, daß er dies einmal tun dürfe. Aber darauf zu verzichten, davon würde ich dringend abraten; denn wir wollen ja auch in dem Zustand, in dem wir heute leben, Partner anderer sein.

Partner aber wird man nur sein können, wenn man sich selbst behauptet, auch in seinem Anspruch als Nation, den ich als einen Anspruch ansehe, Partner anderer sein zu wollen und zu können. Dabei müssen wir nur sehr darauf achten, einander auch oft darauf hinweisen, daß wir damit nicht mehr meinen, als andere Völker für sich auch beanspruchen.

Ich halte es für die Kernfrage der Diskussionen, die uns in den 70er Jahren aufgetragen sein werden, ob wir unseren konstruktiven Beitrag als Volk, das gespalten leben muß, dazu zu leisten vermögen, daß es gelingen muß, Rechtsverhältnisse zustande zu bringen, in denen alle miteinander leben können. Wenn wir das fertigbringen, daß wir das verdeutlichen, dann werden wir manches einfacher haben; denn dann wird es sich herausstellen, wie es in der Welt beschaffen ist, nämlich ob das Recht, das der eine für sich beansprucht, auf Kosten des Rechtes anderer besteht oder bestehen soll oder ob jedem sein Recht gewährleistet werden muß. Und da wir vor einer solchen schwierigen Aufgabe auch in den nächsten, gerade in den nächsten Jahren stehen, bei deren Bewältigung uns wenig hilft, was in den 50er Jahren umstritten und schließlich mehrheitlich bestimmt worden ist, was in den 60er Jahren schon nicht mehr zusammenpaßte mit den Entwicklungen, ohne daß die Kraft und die Fähigkeit bestanden haben, das in den 50er Jahren Entwickelte dem anzupassen, womit wir es in den 60ern zu tun hatten; wir müssen uns an der Schwelle dieses Jahrzehnts, soweit das geht, vornehmen, uns nicht noch zusätzlich aufspalten zu lassen, z. B. in Einheimische und Nichteinheimische und ähnliche Kategorien.

Die Bundesrepublik ist für viele ein Staat wie andere auch — da greife ich zurück auf das, was ich eben aus dem zitiert habe, was anläßlich 20 Jahre Grundgesetz gesagt worden ist —; für uns Deutsche ist die Bundesrepublik der Faktor, dessen Gewicht wir so in die Waagschale internationaler und europäischer Entscheidungen zu legen und zu bringen versuchen müssen, daß damit klar wird:

Wir gehören zu denen, die den Frieden in Europa und in der Welt sicherer machen wollen. Wir sind dazu bereit. Und wir sind dazu nicht nur bereit, indem wir anderen sagen, was sie dazu eigentlich alles zu tun hätten, sondern wir sind dazu bereit, indem wir selbst sagen: So schwer uns manches fällt, sind wir bereit dazu, das Unsere zu tun!

Wir sind also bereit zu jeder ernstgemeinten Diskussion; deswegen knüpfe ich auch hier wieder an das an, was eben Herr Barzel zu der Diskussion „Sicherheitskonferenz" ausgeführt hat: Es kann gar nicht gründlich genug darüber gesprochen werden, und es kann gar nicht ernsthaft genug darüber gesprochen werden, und meine einzige Warnung, die ich in dem Zusammenhang noch einmal ausspreche, ist: Unterliegen wir nicht der Versuchung, die in mancher Hinsicht eine spezifisch deutsche zu sein scheint, mit Akribie punktieren, paraphieren zu wollen, was alles dazu gehört, daß es überhaupt eine Sicherheitskonferenz genannt werden kann! Solange es geht, müssen diese Runden mit uns als Diskussionspartner durchgestanden werden. Die Schwierigkeiten kommen sowieso.

Bereitschaft zur Aussöhnung mit Polen

Hier ist gestern — ist auch jetzt von Herrn Kollegen Dr. Barzel — das Problem Polen angesprochen worden. Bei allem, was den einzelnen bewegt, wozu auch Gefühle gehören, über die man nicht nur mit dem abschätzigen Wort „Emotionen" urteilen soll. Bei alledem muß ich sagen: Versuchen wir, nicht zu vergessen, daß vor 30 Jahren nach einem angeblichen Blitzkrieg und Blitzsieg — das ging ja damals alles so blitzschnell, wenn auch nicht blitzsauber zu — entschuldigen Sie —, da sind in der Krolloper sieben entsetzliche, vermessene Worte ausgesprochen worden, die lauteten: „Polen hat als Staat aufgehört zu existieren."

— Glauben Sie, meine Damen und Herren, daß man das einfach mit Beteuerungen aus der Welt schaffen kann? — Nein, das kann man nicht.

Das ist das Furchtbare. Und ich stimme zu, wenn gesagt wird, die Aussöhnung zwischen diesen beiden Völkern, die einander so viel Schlimmes angetan haben, werde sicher historisch den Rang haben, die die Aussöhnung mit einem anderen in den Schulbüchern, auch unseren eigenen noch, jahrzehntelang als „Erbfeind" apostrophierten Land im Westen, nämlich Frankreich, gleichzustellen sei. Nur dies ist viel, viel schwerer.

Denn diese sieben schrecklichen Worte, die sind ja nicht einfach wegzuradieren oder zuzudecken; hier erfordert es langer, gemeinsamer Erfahrungen, durch die wir beweisen werden, daß wir anders sind und daß in Deutschland die Mehrheit tatsächlich nicht wieder will, daß sich wiederhole, was 1939 gemacht worden ist, wobei jetzt über die Faktoren nicht gerechtet werden muß. Das ist ein ganz schwieriges Unterfangen, und wir müssen es dazu noch im Zustand der Spaltung unseres Landes zu lösen versuchen.

Beitrag zu einem Interessenausgleich zwischen Ost und West

Die Sicherheitskonferenz hat es in sich. Und niemand weiß, welche Ecken und Kurven in den Vorbereitungen noch auftauchen werden und zu nehmen sind. Aber vergessen wir eines nicht: **Manches, was zur europäischen Sicherheit und auch zu einer europäischen Friedensordnung gehört, das können die Deutschen selbst, jedenfalls allein, gar nicht leisten oder tun, selbst wenn wir es wollten. Das ist einerseits bedrückend, andererseits ist es auch ein Trost: Wir sind einer von mehreren Faktoren, die etwas dazu beitragen können.**

Zu dem, was wir nicht allein oder hauptsächlich tun können, gehört auch das Bemühen um einen Interessenausgleich zwischen den Bündnissen in West und Ost. Aber ohne einen solchen Interessenausgleich ist die Sicherheitskonferenz nichts anderes als eine von vielen Konferenzen nach dem Zweiten Weltkrieg — dazu wäre sie verurteilt —; ich nehme an, selbst die, die sie 1966 auf dem damaligen Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion als eine der wesentlichsten Aufgaben der nächsten Jahre bezeichnet haben, wollen nicht einfach nur eine von so vielen schon gewesenen Konferenzen wiederholen oder ihnen eine weitere anfügen; aber so genau kann man das nicht wissen.

Wir können im Zustand der Spaltung zwar mithelfen, aber wir können nicht Grundpfeiler liefern. Um so mehr sollten wir uns bemühen, das, was in unserem Bereich liegt, zu tun. Die Hauptrolle werden die Bündnissysteme zu liefern haben, während wir gewisse Voraussetzungen dafür schaffen helfen können. Die Spitze der SED und der DDR auf der anderen Seite tut zur Zeit doch das Gegenteil, während sich die Bundesrepublik bei allem, was an ihr von Kritikern in den eigenen Reihen ausgesetzt werden kann, immerhin in diesen Jahren um eine Ausgangsstellung bemüht hat, von der aus bei Gegenseitigkeit wesentliche Schritte möglich sein werden. Ich sage das immer noch mit dem Blick auf die Zukunft und nicht schon als etwas Abgeschlossenes. Und selbst solche Schreckgespenster wie die Alleinvertretungsanmaßung — um diese beliebte Vokabel zu nennen — oder die Hallstein-Doktrin würden sich beim Aufeinanderzugehen auflösen. Manchen sind sie aber zu lieb für das Landschaftsbild, als daß sie selbst beim Aufeinanderzugehen dabei sein möchten.

Jedenfalls ist es — das ist unser Problem — im gespaltenen Deutschland so, daß beide Seiten miteinander rechnen müssen, statt einander ausschalten zu dürfen. Das schaffen sie nicht, bei aller

Unterschiedlichkeit der Größenordnungen, und deswegen war ich auch immer ablehnend gegen solche globalen Berechnungen, die allzu perfekt waren und die immer darauf hinausliefen, daß man jemanden umspielt oder isoliert.

Das rächt sich. Was wir im gespaltenen Deutschland brauchen und wofür wir in der Bundesrepublik Deutschland Stehvermögen an den Tag legen müssen, das ist das erreichbare Mindestmaß von Loyalität gegenüber dem wirklichen Souverän in Deutschland, nämlich dem ganzen deutschen Volk und seinen Lebensnotwendigkeiten in Europa.

Ich habe da keine Illusionen, aber ich bin überzeugt, daß wir etwas Richtiges tun, wenn wir das uns nicht nur vornehmen und abhängig machen von dem, was andere dann dazu leisten, sondern wenn wir uns in dieser Haltung immer wieder unbefangen deutlichmachen.

Aktive Koexistenz und Politik der Friedenssicherung

Die Politik im gespaltenen Deutschland bedarf der aktiven Koexistenz, denn das ist mehr als das Neben- oder das Gegeneinander selbsternannter Souveräne — der wirkliche Souverän, von dem ich eben gesprochen habe, das deutsche Volk, muß zur Geltung kommen, es muß ihm zur Geltung verholfen werden. Und solange das nicht in einem vereinigten, demokratischen Staat möglich ist, müssen die Teile das Maß von zwischendeutschen Regelungen zustande bringen, die den Schaden, den die Spaltung für unser Volk und für die Kooperation Europas faktisch verursacht, wenigstens mindern.

Das ist mit dem Pro und Contra zu den lapidaren Anerkennungsformeln nicht zu lösen. Das setzt voraus die Fähigkeit, sich an den Tisch zu setzen. Daran hat es früher im Westen gemangelt aus falschen politischen Erwägungen und Berechnungen, daran mangelt es jetzt auf der Gegenseite aus falschen, sehr verständlichen politischen Berechnungen, und wir müssen hier — auch hier — Stehvermögen und Beharrlichkeit an den Tag legen.

Meiner Ansicht nach ist die Spaltung unseres Volkes nur in dem Maße überwindbar, in dem der Ost-West-Konflikt entschärft werden kann. Es hat Berechnungen gegeben, die genau umgekehrt ansetzten, die hat es auf beiden Seiten gegeben und gibt es auch immer wieder auf beiden Seiten; es gibt dazu noch bei manchen die Vorstellung, wir könnten unsere Suppe am Feuer der Konflikte Dritter kochen oder am Kochen halten. Das würde uns schlecht bekommen.

Die Bundesrepublik Deutschland als eine friedenssichernde Kraft entscheidet mit über die Entschärfung, wenn sie auch nicht allein die Entschärfung des West-Ost- und Ost-West-Konfliktes bringen kann. Und ich halte es für ein gutes Wort, das der damalige Bundesminister des Auswärtigen und jetzige Bundeskanzler geprägt hat, daß alle Politik in Deutschland orientiert werden müsse auf den Generalnenner „Friedenssicherung", und soweit Politik in unserem Bereich bestimmbar ist, wollen wir sie auf den Generalnenner „Friedenssicherung" orientieren.

Das heißt noch lange nicht, daß auch die andere Seite in Deutschland das auf eine entsprechende Weise tut. **Aber wir sollten nicht als Vorleistungen herabsetzen, was wir selbst zur Verständigung tun, tun können und auch tun wollen.** Wir sollten auch nicht auf sozusagen unverzügliche Gegenleistungen rechnen, aber so operieren und uns so verhalten, daß wir als eine unbestreitbar um Friedenssicherung bemühte Kraft geschätzt werden in Nord, Süd, West und auch in Ost.

Friedenspolitik ist in meiner Sicht keine Vorleistung, sondern ist ein Lebensinteresse unseres Volkes, Friedenspolitik muß von dem Teil unseres Volkes, der in der Bundesrepublik Deutschland zusammenlebt, als eigenes Lebensinteresse betrieben werden. Ich habe es nicht für ein Meisterstück gehalten, daß man vor wenigen Tagen die Bundesregierung öffentlich und auch sogar noch mit Inhaltsangaben aufgefordert hat, nun müsse sie Initiative ergreifen, etwa durch einen Brief an Herrn Stoph. Das war zur selben Zeit, während in Moskau die Warschauer-Pakt-Partei- und Regierungsspitzen just darüber Ratschlag pflegten, wie sie sich der Bundesrepublik Deutschland gegenüber verhalten werden in den nächsten Runden.

Ein Verhandlungsangebot an den Ministerrat der DDR nach entsprechender Vorbereitung wird sicher Anerkennung bei vielen in Deutschland finden. Aber ein Verhandlungsangebot, das nur wegen der Erfüllung eines Initiativsolls gemacht würde und damit andere nicht mit ihren Vorschlägen uns zuvorkommen, würde uns aus der Situation nicht herausführen, die hier in Deutschland noch besteht. Das Kommuniqué, das wir dieser Tage gelesen haben und auf dessen Kommentieren man nun gespannt achten soll und achten wird, das Moskauer Kommuniqué, läßt offen, was sie eigentlich tun werden. Es ist zwar noch keine Antwort auf die in der Regie-

rungserklärung vom 28. Oktober enthaltenen Angebote und Absichten, aber es schließt nicht aus, daß die Mitglieder des Warschauer Paktes ihren Interessen gemäß auf diese Angebote eingehen können und eingehen werden. Sachlich versperrt die Moskauer Verlautbarung keine Möglichkeiten der Verständigung, aber sie überläßt es der Bundesrepublik Deutschland, sich um solche Verständigung zu bemühen.

Und wenn ich das im Zusammenhang mit den jetzt wiederholten Aufforderungen an die Bundesregierung erwähne, sie möge Initiative ergreifen, damit andere sie nicht ergreifen, so wollte ich, ohne schulmeistern zu wollen, ein wenig dazu raten, daß man genau aufpaßt und abschätzt, was sich auf der anderen Seite rührt oder warum sich manches nicht rührt.

Denn angesichts der politischen Erfahrungen und Tatsachen können wir nicht daran vorbeisehen, daß die DDR-Führung weiter versuchen möchte, soweit sie es nur kann, an die Bundesrepublik Deutschland Forderungen zu stellen, selbst aber alle Schritte der Bundesrepublik Deutschland als unzureichend zurückzuweisen.

Mit dieser Taktik haben wir es fortlaufend zu tun. Davon haben Vorteile nur die Kräfte, die keine Verständigung auf dem Wege von Verhandlungen gleichberechtigter Partner wollen, sondern denen die Versteifung zwar nicht das liebste, aber weil sie meinen, etwas anderes gibt es sowieso in absehbarer Zeit nicht, gerade recht ist.

Aufgaben des Kuratoriums Unteilbares Deutschland

Ich hatte gesagt, daß das Kuratorium nicht die Stelle sein kann, in der man Deutschlandpolitik entwirft oder exekutiert, aber daß es die Stelle — und als solche, finde ich, ist es so gut wie unersetzbar —, die Stelle sein und bleiben sollte, bei den unvermeidlichen Änderungen in der jeweiligen Art der Aufgaben, die es sich selber stellt, der Intensität, in der es ihnen nachkommt, die Stelle, in der man miteinander reden, auch miteinander streiten und miteinander abwägen kann, damit das, was offiziell-politisch geschieht, richtig oder besser verstanden wird, damit es auch Nachdruck bekommt und damit der — nicht amtliche —, damit der private Bereich zur Geltung kommt, in dem Verbände, Organisationen, einzelne, Familien und andere das Ihre tun können.

Die Deutschlandpolitik muß ja eine Summe auch dieser Möglichkeiten zum Tragen und zur Bewertung bringen. Und da haben wir wohl schwere Zeiten hinter uns, und manche Hoffnungen, die es vor längeren Jahren gegeben hat, haben wir erfrieren sehen, aber wir haben vor uns Möglichkeiten auch positiver Art, die wir dankbar, weil wir Durststrecken hinter uns haben, nicht nur ergreifen, sondern nutzbar machen wollen.

In diesem Sinne, denke ich, kann bei aller Unterschiedlichkeit der Ausgangspunkte in der kritischen Betrachtung der Politik dieses unser Kuratorium auch in die 70er Jahre nicht nur mit gutem Gewissen, sondern auch mit der Absicht gehen, daß es weiter und noch mehr als bisher sein will ein Ort des Austragens von Gedanken, von Meinungsverschiedenheiten und auch der gegenseitigen Hilfe, des gegenseitigen Beistands.